



Dieter Reiter

Zur Gedenkveranstaltung aus Anlass der Reichspogromnacht

am 9. November 2015 um 19.00 Uhr, Alter Rathaussaal

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Ich begrüße Sie zur heutigen Gedenkstunde im Alten Münchner Rathaussaal und sage Ihnen für Ihr Kommen ganz herzlichen Dank. Wie wichtig es ist, dass unsere demokratische Gesellschaft geschlossen, klar und kraftvoll Stellung bezieht gegen jede Form antisemitischer, rassistischer und fremdenfeindlicher Anfeindungen, das haben die unsäglichen Pegida-Aufmärsche dieser Tage in all ihrer menschenverachtenden Abscheulichkeit erneut gezeigt.

So weit ist es schon gekommen, dass einer der Hauptredner bei der Dresdner Pegida-Kundgebung vor drei Wochen in einer ebenso vulgären wie hasserfüllten Hetztirade Politiker als „Gauleiter gegen das eigene Volk“ beschimpft hat, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen eine sogenannte „Umvolkung“ in Deutschland betreiben würden. Die ganze Widerwärtigkeit der Absonderungen des Publizisten Akif Pirinçci gipfelte schließlich in der Aussage: „Es gäbe natürlich auch andere Alternativen, aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“ Nimmt man da noch die Verunglimpfung der freien Presse als „Lügenpresse“ und „Judenpresse“ hinzu, die bei Pegida-Demonstrationen längst zum gängigen Schmähvokabular gehören, oder auch die jüngsten Anwürfe des Pegida-Gründers Lutz Bachmann gegen Justizminister Heiko Maas, den er mit Joseph Goebbels verglichen hat, dann muss jedem klar sein, dass wir es hier zumindest im harten Kern mit Rechtsradikalen und Neonazis zu tun haben.

Das gilt insbesondere auch für München, wo die Pegida-Kundgebungen von Anfang an maßgeblich von Neonazis getragen wurden und sich mittlerweile unverhohlen antisemitisch zeigen. Dafür stehen die offenen Pöbeleien gegen Juden auf Facebook ebenso wie die Verharmlosung der nationalsozialistischen Gräueltaten und die Kontakte zu den verurteilten Rechtsterroristen, die 2003 einen Sprengstoffanschlag auf die Jüdische Gemeinde geplant hatten. Und was ebenfalls absolut unerträglich ist in diesen Tagen: Gerade hier verhöhnt Pegida mit der bewussten Platzierung ihrer Versammlungen

an sensiblen zeitgeschichtlichen Orten wie Königsplatz, Feldherrnhalle oder Platz der Opfer des Nationalsozialismus ganz gezielt die Opfer der NS-Zeit.

Selbstverständlich ist München in der Pflicht, diesen braunen Spuk zu beenden. Das Kreisverwaltungsreferat hat dazu bereits mehrfach Pegida-Kundgebungen untersagt oder zumindest zeitlich und räumlich verlegt. Leider hat sich die Justiz der städtischen Argumentation dabei bislang nicht angeschlossen. Trotzdem hat das KVR insbesondere auch für den heutigen Tag jeglichen Aufmarsch der Rechten im gesamten Münchner Stadtgebiet komplett verboten. Allein schon bei der Vorstellung einer solchen Zusammenrottung an diesem Tag der Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogromnacht vor 77 Jahren dreht sich einem der Magen um. Und so wird die Stadt auch weiterhin – ungeachtet möglicher juristischer Rückschläge – alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Pegida und Konsorten keinerlei Bühne für ihre rechtsextremistische Hetze zu bieten.

Aber das allein genügt natürlich nicht. Hier ist die Zivilgesellschaft insgesamt, hier sind wir alle gefordert, dagegenzuhalten, den Mund aufzumachen, Haltung zu zeigen und die immer lauter und ekelhafter werdende menschenverachtende Hetze öffentlich anzuprangern. Die überwältigende Mehrheit der Münchnerinnen und Münchner zeigt seit langem klare Kante und weist die Pegida-Marschierer immer wieder eindrucksvoll in die Schranken. Das macht Mut und mich sicher, dass der rechte Terror hier bei uns nie wieder um sich greifen oder gar salonfähig werden wird.

Ganz anders 1938, als die Nationalsozialisten mit den reichsweiten Novemberpogromen den Terror gegen die jüdische Bevölkerung weiter massiv verschärft und damit die systematische Verfolgung, Vertreibung und schließlich Vernichtung der Juden eingeleitet haben. Die nichtjüdische Bevölkerung hat damals mehrheitlich einfach zugeschaut oder in die Hetzgesänge der Ausführenden mit eingestimmt und sich im schlimmsten Fall sogar aktiv an den Zerstörungen und Brandschatzungen beteiligt. Ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geholfen haben die wenigsten. Ein wahrnehmbarer Aufschrei der Empörung blieb aus.

Aber da müssen wir uns als Münchner Stadtverwaltung natürlich auch an die eigene Nase fassen. Schließlich war die Kommune damals keineswegs nur machtloser Befehlsempfänger, sondern half als willfähriger Handlanger und eigenständiger Akteur nach Kräften, die Ideologie des Nationalsozialismus im Alltag umzusetzen. Bei der Unterstützung der Verfolgungspolitik der Nazis gingen die kommunalen Beamten und

Angestellten sogar oft genug aus eigenem Antrieb über Direktiven „von oben“ hinaus. Dass die Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 eben hier im Alten Münchner Rathausaal mit der antisemitischen Hetzrede von Joseph Goebbels ihren Ausgang genommen hat, unterstreicht die Verwicklung der Stadtverwaltung in die NS-Verfolgungspolitik einmal mehr.

Und gerade in München, der damaligen „Hauptstadt der Bewegung“, schienen der Apparat, die Aktivisten und die Handlanger des NS-Terrors auf ein solches Signal zum Losschlagen nur gewartet zu haben. So wurden in dieser Nacht allein in München rund 1.000 Juden von der Gestapo verhaftet und die meisten von ihnen als sogenannte Aktionshäftlinge ins Konzentrationslager Dachau verschleppt. 24 von ihnen starben dort an den Folgen von Misshandlungen und Entbehrungen.

Zur Gewalt gegen die jüdischen Bürgerinnen und Bürger kamen die Übergriffe auf jüdische Einrichtungen, Geschäftshäuser und Wohnungen. Nachdem bereits fünf Monate zuvor durch „Führererlass“ der Abriss der Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße verfügt worden war, fielen in der Pogromnacht auch die beiden noch verbliebenen Synagogen, die orthodoxe Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße und die ostjüdische Synagoge in der Reichenbachstraße dem Terror zum Opfer, wurden geschändet und in Brand gesteckt. Die jüdischen Altenheime in der Mathildenstraße und in der Kaulbachstraße wurden gewaltsam aufgelöst, die Bewohnerinnen und Bewohner unter wüsten Beschimpfungen und Drohungen auf die Straße gesetzt.

Ein Hauptangriffsziel waren auch die jüdischen Läden und Geschäfte in München wie etwa das Kaufhaus Uhlfelder im Zentrum der Stadt. Insgesamt 42 sollen es nach einer amtlichen Mitteilung der Münchner Kriminalpolizei gewesen sein, die in der Pogromnacht verwüstet und geplündert wurden, doch ist davon auszugehen, dass es mehr waren als offiziell verlautbart wurde. Ganz zu schweigen von der Heimsuchung und den Plünderungen der Wohnungen und Privathäuser jüdischer Münchnerinnen und Münchner.

Schon diese kurze und nur bruchstückhafte Rückschau auf die Verbrechen, die in jener Nacht an der jüdischen Bevölkerung Münchens begangen wurden, ist erschütternd. Doch der Terror war damit längst nicht beendet, im Gegenteil. Nicht nur dass die Juden für die Pogromschäden selber aufkommen mussten, und nicht nur dass ihnen zudem noch eine „Sühneleistung“ in Form einer Sondersteuer von über 1 Mrd. Reichsmark auferlegt wurde, systematisch wurden sie auch ihrer beruflichen Existenzgrundlage beraubt, und zwar im

Zuge der sogenannten Arisierung der deutschen Wirtschaft, einer Vermögensumverteilung von beispiellosem Ausmaß.

Schon am frühen Morgen des 10. November erging in München der „Kommando-Befehl“, sämtliche jüdischen Ladengeschäfte zu schließen und bis auf Weiteres geschlossen zu halten. Am 11. November wurden die Konten der Münchner Juden gesperrt. Und bereits am 12. November, dem dritten Tag nach der Pogromnacht, wurde die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ erlassen, die allein in München für Hunderte jüdischer Familien den materiellen Ruin bedeutete. Den Berufsverboten für jüdische Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte folgten die Verbote, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, Parkanlagen zu betreten, ein Rundfunkgerät oder Telefon zu besitzen. Es folgte der Ausschluss der Juden vom allgemeinen Wohlfahrtssystem und ihre Heranziehung zu unbezahlter Zwangsarbeit. Es folgten die Ghettoisierung, die Stigmatisierung und das Verbot der Auswanderung. Und es folgten schließlich die Deportationen und der Massenmord in den Todeslagern.

Am 20. November 1941 verließ der erste Deportationszug vom Güterbahnhof Milbertshofen die „Hauptstadt der Bewegung“. In den Waggons rund 1.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder, die kurz nach ihrer Ankunft in Kaunas in Litauen von einem Einsatzkommando der SS erschossen wurden. Auf diesen ersten und zugleich größten folgten rund 40 weitere Deportationszüge aus München. Insgesamt wurden dabei über 3.600 Juden in die von der Wehrmacht besetzten Ostgebiete verschleppt, von denen rund 3.000 der nationalsozialistischen Mordmaschinerie zum Opfer fielen, in den Exekutionsstätten von Kaunas, den Elendsquartieren von Theresienstadt und des Ghettos Piaski sowie in den Gaskammern von Auschwitz.

Vor diesem Hintergrund versteht sich von selbst, dass die Landeshauptstadt München eine ganz besondere Verantwortung trägt, das Gedenken an das Novemberpogrom von 1938 und an die Verbrechen und Opfer des Holocaust lebendig zu halten. Aber damit endet unsere Verantwortung natürlich nicht. Vielmehr kommt es darauf an, unsere demokratischen Errungenschaften, die gerade auch mit Blick auf den einmaligen Zivilisationsbruch der Shoah gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können, hier und

heute mit Mut und Tatkraft zu verteidigen. Und so gilt all denjenigen, die Hass predigen, ausgrenzen, gegen Minderheiten hetzen, NS-Opfer verhöhnern, Geschichte verdrehen und damit ganz bewusst den Boden für neue Gewaltexzesse bereiten, all denen gilt unsere Abscheu und wichtiger noch: unsere entschiedene Gegenwehr – mit aller demokratischen Macht.

Es liegt also an uns, den Hetzkampagnen neonazistischer Propagandeaure gegen nationale, religiöse oder ethnische Minderheiten mit der ganzen Wehrhaftigkeit unserer Demokratie entgegenzutreten. Was die Landeshauptstadt München betrifft, kann ich jedenfalls versichern: Wir werden, auch im engen Schulterschluss mit der Israelitischen Kultusgemeinde, mit den Kirchen, Gewerkschaften, mit Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und Institutionen wie dem Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat oder dem Bündnis „München ist bunt“ weiterhin alles tun, damit München eine vielfarbige und weltoffene Stadt bleibt, in der für rassistische Hassprediger und Gewalttäter kein Platz ist, eine Stadt, die auch und besonders ihren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern eine sichere und lebenswerte Heimat bietet.